



EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Liebe Leserinnen und Leser,

nun ist es schon über ein Jahr her, dass die Corona-Pandemie Europa im Griff hat. Seit Februar 2020 wurden über 21 Mio. Infektionen in der EU (zzgl. EWG) gezählt, und über 515.000 Menschen sind an oder mit dem Coronavirus verstorben.

Die gesundheitliche Seite der Corona-Pandemie war dann auch das zentrale Thema des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs, die am 25. und 26. Februar 2021 per Videokonferenz zusammengekommen sind. In der [Analyse](#) der Staats- und Regierungschefs wurde deutlich, dass die Krise noch nicht überwunden ist. Es gibt sogar Anzeichen dafür, dass sich die Lage vor allem durch die neuen Virusmutationen noch einmal verschlechtern könnte, bevor dann hoffentlich in der zweiten Jahreshälfte 2021 genug Impfstoff für alle EU Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht, um wieder in eine neue Normalität nach Corona zurückkehren zu können.

Ein Thema hat in der öffentlichen Diskussion vor und nach dem Videogipfel besonderen Platz eingenommen: Die mögliche Einführung einer EU-Bescheinigung für erfolgte Corona-Impfung. Mit einer solchen Bescheinigung könnte evtl. für geimpfte Personen wieder Reisen in der EU ohne Einschränkungen, Test- oder Quarantäneerfordernisse möglich sein. Der griechische Ministerpräsident Mitsotakis hat mit Unterstützung von Kommissionspräsidentin von der Leyen und weiteren Regierungschefs vor allem aus dem Süden Europas die Einführung gefordert. Das Ziel ist klar: Die stark vom Tourismus abhängigen Mitgliedstaaten bemühen sich intensiv darum, Urlaub und Reisefreiheit in der EU zu fördern. Auch Österreich plädierte dafür, mit einem Impfpass, die Rückkehr zur Reisefreiheit in Europa zu ermöglichen. In der trockenen Sprache der EU-Gipfel-Diplomatie hat man sich auf folgende Erklärung geeinigt: *„Wir rufen dazu auf, die Arbeit an einem gemeinsamen Konzept für Impfbescheinigungen fortzusetzen, und werden uns erneut mit diesem Thema befassen“*.

Eine Impfbescheinigung setzt nämlich nicht nur den politischen Willen voraus. Zu allererst muss die Wissenschaft die Faktenbasis für solche Bescheinigungen schaffen. Es muss also belegt werden, dass Geimpfte nicht nur selber geschützt sind, sondern auch für Dritte keine Gefahr mehr darstellen. Angesichts der herausragenden Leistungen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Corona-Pandemie bislang vollbracht haben, können wir grundsätzlich zuversichtlich sein, dass auch diese Frage bald geklärt werden kann.

Ratspräsident Charles Michel räumte ein, dass bis dahin die Impfzertifikate vorerst eine „offene Frage“ blieben und jedes Land aktuell selbst entscheide, wie diese gegebenenfalls eingesetzt werden. Im Kreis der 27 Regierungen gebe es aber auch ein gemeinsames Verständnis, dass dieser Impfpass zum Reisen derzeit angesichts der geringen Impffzahlen noch keine Rolle spiele. Es gehe momentan um Vorbereitungen für weitere Öffnungen in diesem Bereich.

Die Kommissionspräsidentin hat im Nachgang zur Sitzung des Rates am 1. März 2021 angekündigt, dass sie einen Gesetzgebungsvorschlag zu diesem Thema bis Ende des Monats März vorstellen wird.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Lars Friedrichsen

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen	5
Eurobarometer: Meinungsbild zu europäischen Themen	5
2. Inneres	6
Politische Einigung über Katastrophenschutzmechanismus.....	6
Zahl der Anträge auf Asyl ist rückläufig	6
Anpassung der Empfehlung zu Reisen in die EU	6
Empfehlung zur Anpassung der Beschränkungen der Freizügigkeit	7
Position des Rates zu ePrivacy-Verordnung.....	7
3. Justiz, Verbraucherschutz.....	8
Vertragsverletzungsverfahren zum Europäischen Haftbefehl und GeldwäscheRL	8
Position des Rates zu ePrivacy-Verordnung.....	8
4. Finanzen	9
Jährliche Inflation im Euroraum auf 0,9% gestiegen.....	9
Parlament: EZB soll sich auf drohende wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten.....	9
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Aussenwirtschaft.....	10
EP stimmt mit großer Mehrheit für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit	10
Pomerania-Kommunen werden für Projektfonds in Corona-Zeiten geehrt	10
Bericht offenbart Unterschiede in europäischer Demografie	10
Ausschreibung für die RegioStars Awards.....	10
Kommission legt Kurs für EU-Handelspolitik fest.....	11
Fachkräftebedarf in der Langzeitpflege: Mobilität in der EU und Migration aus Drittländern... ..	11
Pharmaunternehmen Aspen fordert exzessiv hohe Preise für patentfreie Krebsmittel	11
Kommission: Aktionsplan für medizinische Strahlentechnologie	11
Kommission legt Europas Plan gegen den Krebs vor	12
EMA beginnt Prüfung des Corona-Impfstoffs von Novavax und Curevac	12
Von der Leyen verteidigt gemeinsame EU-Impfstoffbeschaffung	12
EU-Staaten einigen sich auf gegenseitige Anerkennung von Corona-Antigen-Schnelltests	12
Johnson & Johnson stellt Antrag auf EU-Zulassung für seinen Corona-impfstoff	13
Kommission bestellt weitere 300 Millionen Dosen Impfstoff bei Biontech und Pfizer	13
Kommission: "HERA-Inkubator" soll Europa gegen COVID-19-Varianten wappnen.....	13
EU-Sondergipfel: gemeinsames Corona-Impfzertifikat in Arbeit.....	13
Konsultation zu Übermittlungsmodalitäten für Tourismusdaten	13
Verlängerung der vorläufigen Anwendung des EU-UK-Abkommens.....	14
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt.....	15
EU-Bodenstrategie: Konsultation	15
Konsultation zur Umweltkriminalität.....	15
Initiativbericht zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet.....	15
Leitfaden für Umweltziele in den nationalen Aufbauplänen	16
FFH-Richtlinie: Klage gegen Deutschland	16
Ökologischer und digitaler Wandel: neue Partnerschaften auf EU-Ebene	16
Sieben Länder schließen Nutri-Score-Koalition	17
Studie: Gemeinsame Agrarpolitik trägt zur territorialen Entwicklung bei	17
Kommission kündigt Algenstrategie an	18
Konsultation zur Zusammenstellung statistischer Daten über die Landwirtschaft in der EU	18
Konsultation zu EU-Vorschriften für Düngeprodukte.....	18
Konsultation zur Verlängerung des Schutzes der Pflanzenzüchterrechte für einige Arten.....	18
Studie zu Auswirkungen der GAP auf die Böden.....	19
Änderung von Vorschriften für die Identifizierung und Registrierung von Pferden	19
Konsultation zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Produkte... ..	19
Umsetzung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse.....	19
Neue Strategie für die Anpassung an den Klimawandel	20
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur.....	21
Start von Horizont Europa	21

Neue Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrates	21
MEDIA – im Kulturförderprogramm Kreatives Europa	21
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung.....	22
Empfehlungen an die Kommission zur Regulierung zukünftiger Wasserstoffnetze	22
Konsultation zur Überarbeitung der transeuropäischen Verkehrsnetze.....	22
Konsultation zur nachhaltigen Mobilitätsstrategie im Ausschuss der Regionen	22
Telekommunikationsvorschriften: Vertragsverletzungsverfahren gegen 24 Mitgliedstaaten ...	22
Konsultation zur Interoperabilität öffentlicher digitaler Dienste	23
Kommission legt Roadmap für die Digitale Dekade vor	23
Position des Rates zu ePrivacy-Verordnung.....	23
Eine Modellregion der erneuerbaren Energien: Projektvorstellung MoRE	23
9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport.....	25
Schutz von Menschen, die über Plattformen arbeiten.....	25
10. Medien.....	26
Position des Rates zur ePrivacy-Verordnung.....	26
Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen	26
EuGH zu regionaler Werbung im bundesweiten Programm	26
11. Ausschuss der Regionen	27
142. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	27
12. Meeresspolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	28
Europäischer Tag der Meere	28
17. Forum Ostsee Mecklenburg-Vorpommern informiert zum überarbeiteten Aktionsplan der EU-Ostseestrategie	28
13. Laufende Konsultationen	29
14. Termine.....	32
Ansprechpartner	34

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrundeliegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

Eurobarometer: Meinungsbild zu europäischen Themen

Die Pandemie hat die Ansicht gestärkt, dass die EU der richtige Rahmen ist, um Lösungen zur Bekämpfung des Coronavirus und dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft zu entwickeln. Fast drei von vier Befragten (EU 72%, DE 72%) glauben, dass der Europäische Aufbauplan eine schnellere wirtschaftliche Erholung von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihrem Land ermöglichen würde. Die Ergebnisse basieren auf einer Umfrage, die im Auftrag des Europäischen Parlaments zwischen November und Dezember 2020 von dem Marktforschungsunternehmen Kantar durchgeführt wurde. Laut der Studie ist die Anzahl der Bürger, die sich positiv über die EU äußern, um zehn Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2020 gestiegen. Zwei Drittel (EU 66%, DE 72%) aller Befragten sind optimistisch, was die Zukunft der Europäischen Union angeht.

Dennoch bleibt der individuelle Ausblick angesichts der anhaltenden Pandemie pessimistisch: Mehr als die Hälfte (EU 53%, DE 50%) der Befragten glauben, dass die wirtschaftliche Situation in ihrem Land in einem Jahr schlechter sein wird als derzeit. Nur jeder fünfte Befragte (EU 21%, DE 26%) glaubt, dass sich die nationale Wirtschaftslage im kommenden Jahr verbessern wird. Mehr als die Hälfte der Befragten (EU 52%, DE 61%) erwartet, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr genauso sein werden wie heute.

Diese verschiedenen Auswirkungen haben möglicherweise auch für die Forderung nach einer neuen politischen Top-Priorität unter den Bürgern gesorgt: Beinahe jeder zweite Befragte (EU 48%, DE 43%) möchte den Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit ganz oben auf der Agenda des Europäischen Parlaments sehen. Dies ist die erste Priorität in allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Finnland, Tschechien, Dänemark und Schweden, wo der Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität an erster Stelle steht. Im EU-Durchschnitt liegt der Kampf gegen den Terrorismus an zweiter Stelle (EU 35%, DE 38%), gefolgt von einer hochwertigen Bildung für alle (EU 33%, DE 31%) und dem Schutz unserer Umwelt (EU 32%, DE 37%).

Die Pandemie und andere globale Herausforderungen wie der Klimanotstand bestärken die Bürger in ihrem Ruf nach einer grundlegenden Reform der EU. Fast zwei Drittel (EU 63%, DE 72%) der Befragten wollen, dass das Europäische Parlament in Zukunft eine wichtigere Rolle spielt. Dies ist im EU-Durchschnitt ein Anstieg von 5 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst 2019. Und während das positive Bild der EU zugenommen hat, ist auch der Ruf nach Veränderung gestiegen: Nur rund ein Viertel der Befragten (EU 27%, DE 33%) unterstützen die EU so, wie sie derzeit besteht, während knapp die Hälfte (EU 44%, DE 49%) die EU "eher unterstützen", sich jedoch Reform wünschen. Rund ein Fünftel (EU 22%, DE 15%) sehen die EU 'eher skeptisch, könnten aber im Lichte einer radikalen Reform ihre Meinung wieder ändern'.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, sagte: „Die Botschaft dieser Umfrage ist klar: Die europäischen Bürger unterstützen die Europäische Union und sie finden, dass die EU der richtige Ort ist, um Lösungen für die Krise zu suchen. Aber eine Reform der EU ist eindeutig etwas, das die Bürger sehen wollen, und deshalb müssen wir die Konferenz zur Zukunft Europas so schnell wie möglich starten.“ (zum Sachstand siehe folgenden Artikel)

[Weitere Ergebnisse des Eurobarometer](#)

Politische Einigung über Katastrophenschutzmechanismus

Die portugiesische Ratspräsidentschaft und Vertreter des Europäischen Parlaments haben am 8. Februar 2021 eine vorläufige Einigung über den Vorschlag zur Stärkung des EU-Katastrophenschutzmechanismus im Trilog erzielt. Diese ist am 17. Februar im Rat bestätigt worden. Der Katastrophenschutzmechanismus wurde erstmals 2001 eingerichtet und koordiniert die Reaktion auf Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Katastrophen auf EU-Ebene. Die neuen Regeln sollen es der Kommission ermöglichen, Lücken im Bereich Verkehr und Logistik zu schließen und in dringenden Fällen bestimmte zusätzliche Rettungskapazitäten direkt zu beschaffen. Die unter RescEU bereitgestellten Kapazitäten sollen vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Neben der Anpassung des Verfahrens bei Katastrophen, insbesondere wenn mehrere Mitgliedstaaten gleichzeitig betroffen sind, wird auch die Finanzierung des Katastrophenschutzmechanismus im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 geregelt. Für den Zeitraum 2021-2027 sind Mittel in Höhe von insgesamt 1.263 Mio. € vorgesehen. Weiterhin sind bis zu 2.056 Mio. € für Maßnahmen des Katastrophenschutzes zur Bewältigung der Covid-19-Krise eingeplant. Bei unvorhergesehenen Bedarf kann die Kommission einen Teil der Mittel flexibel einsetzen. Im weiteren Verfahren müssen der Rat und das Europäische Parlament die Einigung formell annehmen.

[Pressemitteilung](#)

Zahl der Anträge auf Asyl ist rückläufig

Am 18. Februar 2021 hat das Asylunterstützungsbüros der EU (EASO) einen Bericht zu den aktuellen Zahlen zu Anträgen auf internationalen Schutz in der EU veröffentlicht. Danach wurden 461.300 Anträge gestellt, dies ist ein Rückgang um 31% im Vergleich zu 2019. Dies kann auf die COVID-19-Pandemie und Einschränkungen zur Begrenzung der Ausbreitung der Krankheit zurückzuführen sein. Die meisten Personen kamen aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, Kolumbien und dem Irak. Etwa 4% aller Asylanträge wurden von unbegleiteten Minderjährigen gestellt. Dies ist ein Anstieg von 1% zu 2019. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte aus Algerien, Marokko und Tunesien hat sich verdoppelt, wobei kein Anstieg bei den Anträgen auf Asyl festzustellen sei. Mehr als 10% der Anträge wurden wiederholt eingereicht, d. h. von einer Person, die zuvor in demselben Mitgliedstaat eine negative Entscheidung erhalten hatte. Die Mitgliedstaaten haben 2020 rund 521.000 Erstentscheidungen getroffen, dies ist ein Rückgang von 4% zu 2019.

[Bericht](#)

Anpassung der Empfehlung zu Reisen in die EU

Am 2. Februar 2021 hat der Rat eine aktualisierte Empfehlung zu vorübergehenden Beschränkungen nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU und der möglichen Aufhebung dieser Beschränkungen angenommen. Am 16. März 2020 hat die Kommission eine Mitteilung angenommen, in der sie für einen Monat eine vorübergehende Beschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Reisen aus Drittstaaten in die EU empfahl; diese Beschränkung wurde am 8. April, 8. Mai und 11. Juni 2020 verlängert. Die Empfehlung des Rates ist kein rechtsverbindliches Instrument. Die Behörden der Mitgliedstaaten sind nach wie vor für die Umsetzung ihres Inhalts verantwortlich.

Bei der Bestimmung der Länder, bei denen die Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen aufgehoben werden sollte, sollten u.a. folgende epidemiologischen Kriterien berücksichtigt werden:

- nicht mehr als 25 neue COVID-19-Fälle pro 100 000 Einwohner während der letzten 14 Tage,
- eine stabile oder rückläufige Entwicklung neuer Fälle im selben Zeitraum im Vergleich zu den vorangegangenen 14 Tagen,
- mehr als 300 Tests pro 100 000 Einwohner in den vorangegangenen sieben Tagen, falls die Daten dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zur Verfügung stehen,
- nicht mehr als 4 % positive Testergebnisse unter allen in den vorangegangenen sieben Tagen durchgeführten COVID-19-Tests, falls die Daten dem ECDC zur Verfügung stehen,
- die Art des in einem Land festgestellten Virus, insbesondere wenn besorgniserregende Virusvarianten entdeckt wurden.

Nach den Empfehlungen können bei einer verschlechterten epidemiologischen Lage Reisebeschränkungen für nicht unbedingt notwendige Reisen wiedereingeführt werden. Die Mitgliedstaaten können die Kategorien von Personen, deren Reise zwingend notwendig ist, vorübergehend einschränken. Aus zwingenden Gründen gerechtfertigte Reisen sollten aus Sicht des Rates weiterhin möglich sein.

Die Mitgliedstaaten sollten Reisende, die aus notwendigen oder nicht unbedingt notwendigen Gründen reisen, mit Ausnahme von Beschäftigten im Verkehrssektor und Grenzgängern, dazu verpflichten, ein negatives Testergebnis anhand eines frühestens 72 Stunden vor der Abreise durchgeführten PCR-Tests vorzulegen.

Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten Selbstisolierung, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung für einen Zeitraum von bis zu 14 Tagen sowie erforderlichenfalls weitere COVID-19-Tests vorschreiben. Insbesondere Reisenden aus einem Drittstaat, in dem eine besorgniserregende Variante des Virus entdeckt wurde, sollten Quarantäne und zusätzliche Tests bei oder nach der Ankunft auferlegt werden.

[Pressemitteilung](#)

Empfehlung zur Anpassung der Beschränkungen der Freizügigkeit

Am 1. Februar 2021 hat der Rat aktualisierte Empfehlung bzgl. der Beschränkungen der Freizügigkeit angenommen. Die Entscheidung über die Einführung von Beschränkungen der Freizügigkeit zum Schutz der öffentlichen Gesundheit liegt weiterhin in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Diese Beschränkungen müssen jedoch mit den in den EU-Verträgen festgelegten Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung im Einklang stehen.

Angesichts der neuen Coronavirus-Varianten und der hohen Zahl von Neuinfektionen in vielen Mitgliedstaaten soll das Funktionieren des Binnenmarktes gewährleistet und Lieferketten nicht unterbrochen werden, auch wenn von nicht notwendigen Reisen abgeraten wird. Eine neue Farbkennzeichnung „dunkelrot“ soll für Gebiete gelten, in denen die 14-Tage-Melderate bei mehr als 500 pro 100.000 Einwohner liegt. Derzeit bestehen die Farbkennungen Grün, Orange, Rot und Grau. Für Personen, die aus einem „dunkelroten“ Gebiet oder aus einem Virusvariantengebiet einreisen, sollten die Mitgliedstaaten von den Reisenden verlangen, dass sie sich vor ihrer Ankunft einem Test zu unterziehen und in Quarantäne gehen. Ausnahmen von den strengeren Test- und Quarantänenvorschriften für Bewohner aus Risikogebieten empfiehlt der Rat für Grenzgänger und Transportarbeiter. Grenzsicherungen in der EU sollten möglichst verhindert werden.

[Pressemitteilung](#)

Position des Rates zu ePrivacy-Verordnung

Siehe unter [Medien](#).

Vertragsverletzungsverfahren zum Europäischen Haftbefehl und GeldwäscheRL

Die Kommission hat am 18. Februar 2021 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil es aus Sicht der Kommission den Europäischen Haftbefehl nicht ordnungsgemäß umsetzt. Der Europäische Haftbefehl sieht vereinfachte grenzüberschreitende justizielle Übergabeverfahren vor. Erlässt ein Richter eines Mitgliedstaats einen Haftbefehl zur Festnahme und Inhaftierung eines Verdächtigen einer schweren Straftat, so gilt dieser im gesamten Hoheitsgebiet der EU. Der Haftbefehl ist am 1. Januar 2004 an die Stelle der langwierigen Auslieferungsverfahren zwischen den EU-Mitgliedstaaten getreten. Die Kommission kritisiert, dass Deutschland, Schweden und Zypern beispielsweise ihre Staatsangehörigen im Vergleich zu Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten bevorzugt behandeln und zusätzliche Gründe für die Ablehnung von Haftbefehlen vorsehen, die nicht im Rahmenbeschluss aufgeführt seien. Deutschland hat zwei Monate, um die vorgeworfenen Mängel abzustellen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

Weiterhin hat die Kommission Deutschland aufgefordert, die 4. Geldwäscherichtlinie ordnungsgemäß umzusetzen. Die Umsetzungsfrist für die 4. Geldwäscherichtlinie lief am 27. Juni 2017 ab.

Weiter [Verfahren](#) (siehe unter Nr. 5 des Links) laufen u.a. gegen Estland, Finnland und Polen (EU-Vorschriften über die Unschuldsvermutung), Ungarn (zu ausländischen Nichtregierungsorganisationen), Belgien, Bulgarien, Finnland, Polen und Schweden (EU-Vorschriften über Hassreden und Hassverbrechen), Ungarn (Einhaltung des EU-Asylrecht), Malte (Umsetzung der Opferschutzrichtlinie), Bulgarien (Vernetzung des nationalen Unternehmensregisters) und Zypern (Verbraucherschutz).

[Pressemitteilung](#)

Position des Rates zu ePrivacy-Verordnung

Siehe unter [Medien](#).

Jährliche Inflation im Euroraum auf 0,9% gestiegen

Die jährliche Inflation im Euroraum im Januar 2021 wird auf 0,9% geschätzt, gegenüber -0,3% im Dezember. Dies geht aus einer von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Schnellschätzung hervor.

Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass „Lebensmittel, Alkohol und Tabak“ im Januar die höchste jährliche Rate aufweist (1,5%, gegenüber 1,3% im Dezember), gefolgt von „Dienstleistungen“ (1,4%, gegenüber 0,7% im Dezember), „Industriegütern ohne Energie“ (1,4%, gegenüber -0,5% im Dezember) und „Energie“ (-4,1%, gegenüber -6,9% im Dezember).

[Pressemitteilung](#)

Parlament: EZB soll sich auf drohende wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten

Nachdem man am 8. Februar 2021 im Plenum mit EZB-Präsidentin Lagarde debattiert hatte, forderte das Europäische Parlament am 10. Februar 2021 in einer Entschließung, dass die EZB künftige wirtschaftliche Schwierigkeiten im Euroraum konsequent bekämpfe, auch indem sie andere politische Maßnahmen als die derzeitigen einsetze, um die EU-Wirtschaft anzukurbeln, deren Aussichten sich verdüstern. Die Maßnahmen der EZB müssten mit Reformen und steuerlichen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten einhergehen. Während der Debatte waren sich die Abgeordneten uneinig darüber, wie weit die EZB bei der Einführung neuer Maßnahmen zur Unterstützung der EU-Volkswirtschaften gehen sollte. Obwohl sie alle davor warnten, die EZB-Unterstützung zu früh zurückzuziehen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt voreilig wieder anzuwenden, blieben Differenzen bezüglich der Rolle der EZB und der Möglichkeit, den Mitgliedsstaaten einen Teil ihrer Schulden zu erlassen. Die Entschließung wurde mit 533 Stimmen bei 94 Gegenstimmen und 63 Enthaltungen angenommen.

[Pressemitteilung](#)

EP stimmt mit großer Mehrheit für die Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 10. Februar 2021 stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Insgesamt votierten 582 Abgeordnete für die Verordnung. Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist der größte Baustein des insgesamt 750 Mrd. € schweren Aufbauplans „NextGenerationEU“. Das Volumen der Aufbau- und Resilienzfazilität beträgt 672,5 Mrd. € in Form von Zuschüssen (312,5 Mrd. €) und Darlehen (bis zu 360 Mrd. €). Deutschland erhält davon nach aktuellem Stand ca. 25 Mrd. € (in laufenden Preisen).

[Pressemitteilung](#)

Pomerania-Kommunen werden für Projektfonds in Corona-Zeiten geehrt

Die Kommunalgemeinschaft Pomerania wird für ihre grenzübergreifende Arbeit in der Corona-Pandemie geehrt. Die Gemeinschaft aus Kommunen und Kreisen in Vorpommern, Ostmecklenburg und Nordbrandenburg erhält den Kommunalpolitischen Hauptpreis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung (Leipzig), wie die Stiftung am 4. März 2021 mitteilte. Anlass der Ehrung ist ein Aufruf aus dem Mai 2020, bei dem sich Initiatoren von Kleinprojekten melden konnten, um deutsch-polnische Vorhaben unter Corona-Bedingungen umzusetzen. Bewilligt wurden 89 Projekte für EU-Förderungen von insgesamt mehr als 3,6 Millionen Euro. Davon kommen 59 Projekte aus Polen. Der innovative Ansatz fördere Aktivitäten, die der Überwindung der Pandemie-Folgen dienen. Wegen der Einschränkungen waren die sonst üblichen grenzüberschreitenden Begegnungen zum Erliegen gekommen. Die Projekte widmen sich unter anderen Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus und Modellvorhaben bei der Online-Bildung. Die Kommunalgemeinschaft teilt sich den ersten Platz mit der Stadt Essen. Der Preis soll vor allem nachahmenswerte kommunalpolitische Beispiele bekanntmachen.

Die Stiftung wurde nach dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler (1884-1945) benannt, der im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler 1945 in Berlin hingerichtet wurde.

[Pressemitteilung](#)

[Pressemitteilung Pomerania](#)

Bericht offenbart Unterschiede in europäischer Demografie

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission hat am 11. Februar einen neuen Bericht über demografische Unterschiede in der EU veröffentlicht. Er geht über die traditionelle Analyse auf Länderebene hinaus und untersucht den demografischen Wandel in Europa bis hin zu den einzelnen Stadtvierteln im Detail. Der Bericht zeigt, dass die Abwanderung junger Menschen, aufgrund von Arbeit oder eines Studiums, einen großen Einfluss auf den demografischen Wandel hat, wobei einige Regionen florieren und andere zurückbleiben. Die Kohäsionspolitik der EU und die auf Regionen ausgerichtete Innovationspolitik könnten dazu beitragen, territoriale Ungleichgewichte auszugleichen, indem sie Dienstleistungen und wirtschaftliche Möglichkeiten bereitstellen, so dass Gebiete mit derzeit wenig Bevölkerung attraktiver würden.

[Pressemitteilung](#)

[Bericht](#)

Ausschreibung für die RegioStars Awards

Seit 9. Februar und bis zum 9. Mai können sich die Träger aller im Rahmen der Ko-häsionspolitik geförderten Projekte für die RegioStars Awards bewerben. In diesem Jahr wird die RegioStars-Jury EU-geförderte Projekte in fünf Kategorien auszeichnen: „Smart Europe“: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen in einer digitalen Welt; „Green Europe“: grüne und widerstandsfähige Gemeinschaften in ländlichen und städtischen Gebieten; „Fair Europe“: Förderung von Inklusion und Antidiskriminierung; „Urban Europe“: Förderung grüner, nachhaltiger Kreislaufsysteme für Lebensmittel in funktionalen städtischen Gebieten sowie die Förderung der umweltfreundlichen Mobilität in den Regionen im Europäischen Jahr der Schiene 2021.

[Pressemitteilung, Regiostars](#)

Kommission legt Kurs für EU-Handelspolitik fest

Die Kommission hat am 18. Februar ihre Handelsstrategie für die kommenden Jahre festgelegt. Die Strategie trägt dem Konzept der offenen strategischen Autonomie Rechnung und beruht auf der Bereitschaft der EU, durch die Förderung des ökologischen und digitalen Wandels zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen. Zudem rücken die Stärkung des Multilateralismus und die Reformbemühungen, die für faire und nachhaltige globale Handelsregeln sorgen sollen, wieder in den Mittelpunkt. Sollte dies erforderlich sein, wird die EU bei der Verteidigung ihrer Interessen und Werte noch mehr Durchsetzungsfähigkeit an den Tag legen und dafür auch neue Instrumente einsetzen.

Die drei zentralen Ziele der mittelfristigen Handelspolitik sind:

1. Unterstützung der Erholung und des grundlegenden Wandels der EU-Wirtschaft im Einklang mit ihren Zielen für den ökologischen und den digitalen Wandel.
2. Gestaltung weltweiter Regeln für eine nachhaltigere und fairere Globalisierung.
3. Stärkung der Fähigkeit der EU, ihre Interessen zu verfolgen und ihre Rechte durchzusetzen – wenn nötig, auch eigenständig.

Um diese Ziele zu erreichen, wird sich die Kommission auf Folgendes konzentrieren:

1. Reform der WTO.
2. Unterstützung des ökologischen Wandels und Förderung verantwortungsvoller und nachhaltiger Wertschöpfungsketten.
3. Förderung des digitalen Wandels und des Handels mit Dienstleistungen.
4. Stärkung der regulatorischen Wirkung der EU.
5. Vertiefung der Partnerschaften der EU mit Nachbarstaaten, Erweiterungsländern und Afrika.
6. Verstärkung der Schwerpunktsetzung der EU auf die Umsetzung und Durchsetzung von Handelsabkommen und die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen.

Für jeden dieser Bereiche enthält die Strategie eine Reihe von Schlüsselmaßnahmen, die während des derzeitigen Mandats der Kommission umgesetzt werden sollen.

[Pressemitteilung](#)

Fachkräftebedarf in der Langzeitpflege: Mobilität in der EU und Migration aus Drittländern

Die Zahl der Arbeitskräfte in der Gesundheits- und Langzeitpflege in der EU muss zwischen 2018 und 2030 um elf Millionen steigen, um den Anforderungen einer alternden Bevölkerung gerecht zu werden. Bei der Versorgung der steigenden Zahl älterer Menschen werden Zuwanderung aus Drittländern und die Mobilität innerhalb der EU eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der EU-Kommission.

[Pressemitteilung](#)

Pharmaunternehmen Aspen fordert exzessiv hohe Preise für patentfreie Krebsmittel

Die Kommission hat Verpflichtungszusagen des Aspen nach den EU Kartellvorschriften für rechtlich bindend erklärt. Demnach muss Aspen seine Preise für sechs unentbehrliche Krebsmedikamente in Europa um durchschnittlich 73 Prozent senken und eine längerfristige Versorgung mit diesen patentfreien Arzneimitteln gewährleisten. Damit wird auch eine klare Botschaft an andere marktbeherrschende Pharmaunternehmen gegeben, keine missbräuchlichen Preisbildungspraktiken anzuwenden, mit denen unsere Gesundheitssysteme ausgenutzt werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Aktionsplan für medizinische Strahlentechnologie

Die Kommission hat am 05.02.2021 ihren Aktionsplan im Rahmen von SAMIRA, der Strategischen Agenda für medizinische Anwendungen ionisierender Strahlung, vorgestellt. Der SAMIRA-Aktionsplan soll den EU-Bürgerinnen und -Bürgern Zugang zu hochwertigen medizinischen Nuklear- und Strahlentechnologien ermöglichen, für die höchste Sicherheitsstandards gelten. Der Aktionsplan ist die

erste Folgemaßnahme zu Europas Plan gegen den Krebs, den die Kommission am 3. Februar angenommen hat.

[Pressemitteilung](#)

Kommission legt Europas Plan gegen den Krebs vor

Am Vorabend des Weltkrebstages hat die Kommission am 03.02.2021 Europas Plan gegen den Krebs vorgelegt, eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Prioritäten der Kommission von der Leyen. Gestützt auf neue Technologien, Forschung und Innovation gibt der Plan ein neues EU-Konzept für Krebsprävention, -behandlung und -versorgung vor. Er umfasst den gesamten Krankheitspfad, von der Vorsorge bis hin zur Förderung der Lebensqualität von Krebskranken und -überlebenden. Im Jahr 2020 haben 1,3 Millionen Europäerinnen und Europäer ihr Leben an die Krankheit Krebs verloren. Und leider nimmt die Zahl der Fälle zu. Deshalb wird Europas Plan gegen den Krebs vorgelegt.

[Pressemitteilung](#)

EMA beginnt Prüfung des Corona-Impfstoffs von Novavax und Curevac

Die EMA hat Prüfverfahren für weitere Corona-Impfstoffe eingeleitet. Auf der Grundlage erster Ergebnisse von Laborversuchen und klinischen Studien des US-Herstellers Novavax sowie des Tübinger Herstellers Curevac wurden sogenannte Rolling-Review-Verfahren eingeleitet.

Nach dem Verfahren werden Daten und Ergebnisse von Studien bereits bewertet, noch bevor ein formeller Antrag auf Zulassung gestellt wurde. Damit wird das Verfahren deutlich verkürzt.

Nach der Prüfung aller Daten und nachdem ein formeller Zulassungsantrag gestellt wurde, geben die Experten eine Empfehlung ab. Bei einer positiven Bewertung muss die Kommission den Impfstoff zulassen. Das gilt als Formsache. Bisher wurden drei Impfstoffe gegen Covid-19 in der EU nach Empfehlung der EMA zugelassen.

[Pressemitteilung zu Novavax](#)

[Pressemitteilung zu Curevac](#)

Von der Leyen verteidigt gemeinsame EU-Impfstoffbeschaffung

In einem am 18. Februar veröffentlichten Interview mit der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die gemeinsame europäische Impfstoffbeschaffung verteidigt. Alle 27 EU-Staaten hätten Zugang zu einem sicheren Impfstoff. „Wir haben auf die richtigen Impfstoffe gesetzt und massiv investiert. Drei von diesen Impfstoffen sind schon zugelassen, zwei weitere dürften bald hinzukommen.“ Zu einem Zeitpunkt, als die USA noch komplett ausfielen, habe Europa zudem die globale Impf-Initiative COVAX vorgebracht. „Wir haben alle unterschätzt, was es für die Industrie bedeutet, aus dem Stand eine komplexe Massenproduktion hochzufahren“, sagte von der Leyen. Sonst hätte sie schon im Herbst gewarnt, dass es noch Monate brauchen könne, bis Impfstoff in großen Mengen verfügbar sei.

[Pressemitteilung](#)

[Die Zeit](#)

EU-Staaten einigen sich auf gegenseitige Anerkennung von Corona-Antigen-Schnelltests

Die 27 EU-Staaten haben sich am 17. Februar im Ausschuss für Gesundheitssicherheit auf eine gemeinsame Liste von COVID-19-Antigen-Schnelltests, die gegenseitige Anerkennung von Schnelltest-Ergebnissen und einen gemeinsamen standardisierten Datensatz für Testergebnisse geeinigt. Wenn negative Tests z. B. in Zusammenhang mit Reisen vorgeschrieben oder empfohlen werden, ist es wichtig, dass sie gegenseitig anerkannt werden. Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der EU sei zudem dabei, ihre COVID-19-Datenbank für In-vitro-Diagnostika zu aktualisieren. Ziel sei es, alle Informationen über Antigen-Schnelltests zu integrieren.

[Pressemitteilung](#)

Johnson & Johnson stellt Antrag auf EU-Zulassung für seinen Corona-impfstoff

Am 16. Februar 2021 ist bei der EMA der Antrag des US-Hersteller Johnson & Johnson auf die Europäische Zulassung für seinen Corona-Impfstoff eingegangen. Die EMA erklärte, man werde das Vakzin der Johnson & Johnson-Tochter Janssen-Cilag International N.V. in einem beschleunigten Verfahren prüfen. Der zuständige Ausschuss könnte seine Bewertung Mitte März abgeben. Voraussetzung sei, dass die Daten der Firma zur Wirksamkeit, Eine so kurze Prüfung sei nur möglich, weil die EMA bereits einige Daten im sogenannten Rolling-Review-Verfahren vorab begutachtet habe.

Es wäre dann der vierte Corona-Impfstoff mit einer bedingten Marktzulassung für die Europäische Union. Genutzt werden können derzeit bereits die Vakzine von Biontech/Pfizer, Moderna und Astrazeneca.

Von Johnson & Johnson hat die Kommission Impfdosen für 200 Millionen Menschen bestellt. Die Besonderheit: Voraussichtlich reicht eine Dosis zur Immunisierung. Alle übrigen derzeit genutzten Vakzine müssen zweimal gespritzt werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission bestellt weitere 300 Millionen Dosen Impfstoff bei Biontech und Pfizer

Der Vertrag der Hersteller Biontech und Pfizer mit der EU über eine Nachbestellung von bis zu 300 Millionen Dosen Corona-Impfstoff wurde am 17. Februar 2021 von den Unternehmen bestätigt.

Demnach sollen voraussichtlich in diesem Jahr weitere 200 Millionen Dosen Impfstoff an die EU gehen, davon wiederum 75 Millionen im zweiten Quartal. Darüber hinaus besteht eine Option auf weitere 100

Millionen Dosen. Die Nachbestellung ergänzt den im vergangenen Jahr geschlossenen Vertrag über die Lieferung von 300 Millionen Dosen. Die mögliche Gesamtmenge steigt damit auf 600 Millionen Dosen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: "HERA-Inkubator" soll Europa gegen COVID-19-Varianten wappnen

Der neue europäische Bereitschaftsplan zur Vorsorge gegen biologische Gefahren "HERA-Inkubator" der Kommission soll Forscher, Biotech-Unternehmen und Behörden in der EU und weltweit zusammenbringen. Ziele sind, neue COVID-19-Varianten zu erkennen, Anreize für die Entwicklung neuer und angepasster Impfstoffe zu schaffen, deren Zulassungsverfahren zu beschleunigen und Produktionskapazitäten auszubauen.

[Kommissions-Pressemitteilung
HERA-Inkubator](#)

EU-Sondergipfel: gemeinsames Corona-Impfzertifikat in Arbeit

Die Kommission arbeitet an einem gemeinsamen Zertifikat /einheitlichen Corona-Impfpass z. B. für einfacheres Reisen. Das gemeinsame System soll pünktlich zur Sommersaison einsatzbereit sein. Die Kommission soll in den kommenden drei Monaten die technischen Voraussetzungen dafür schaffen, nationale digitale Impfausweise miteinander zu verbinden, wurde am 25. Februar 2021 in einem EU-Sondergipfel zur Corona-Pandemie beschlossen.

Welche Rechte an das gemeinsame Dokument geknüpft sind, würde dann jedes Land für sich entscheiden.

[Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates zu COVID-19 und Gesundheit](#)

Konsultation zu Übermittlungsmodalitäten für Tourismusdaten

Am 12. Februar hat die Kommission eine Konsultation zu den Regelungen zur Übermittlung von Tourismusdaten an Eurostat, das statistische Amt der EU, gestartet. Konkret geht es um die Aktualisierung des Durchführungsrechtaktes zur Verordnung über die europäische Tourismusstatistik (2011/692). Die Konsultation ist bis zum 12.03. geöffnet.

[Konsultation](#)

Verlängerung der vorläufigen Anwendung des EU-UK-Abkommens

Die Kommission präsentierte am 10. Februar den Vorschlag für einen Beschluss des Rates wonach die EU im Partnerschaftsrat mit Großbritannien für eine Verlängerung der vorläufigen Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens mit Großbritannien um zwei Monate, nämlich bis Ende April, eintreten soll. Großbritannien müsste dieser Verlängerung zustimmen. Die Verlängerung soll dazu dienen, genug Zeit für den Abschluss der juristisch-sprachlichen Überarbeitung des Abkommens in allen 24 Sprachen zu schaffen und so seine Prüfung durch das Europäische Parlament und den Rat zu ermöglichen.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag](#)

[Link: Verlinkung zu weiteren Informationen](#)

EU-Bodenstrategie: Konsultation

Die Kommission hat am 2. Februar 2021 eine Konsultation zu einer neuen EU-Bodenstrategie für gesunde Böden gestartet. Die Konsultation läuft bis zum 27. April 2021.

Die Konsultation ist die letzte einer Reihe von öffentlichen Konsultationen zu verschiedenen Ökosystemen, mit denen die spezifischen Verpflichtungen der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 erfüllt werden sollen. Gesunde Böden seien entscheidend für das Erreichen der Ziele des Europäischen Green Deals wie Klimaneutralität, Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, Null-Verschmutzung, gesunde und nachhaltige Lebensmittelsysteme und eine widerstandsfähige Umwelt.

Die EU-Bodenstrategie wird untersuchen, wie die Bodenfruchtbarkeit geschützt, die Erosion verringert und die organische Substanz des Bodens erhöht werden kann, wobei die internationalen Verpflichtungen der EU berücksichtigt werden.

[Pressemitteilung](#)
[Konsultation](#)

Konsultation zur Umweltkriminalität

Die Kommission hat am 8. Februar 2021 eine neue Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie zur Umweltkriminalität gestartet.

Nach EU-Recht sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Handlungen, die gegen das EU-Umweltrecht verstoßen, wie die illegale Verbringung von Abfällen, den Handel mit gefährdeten Arten oder mit ozonabbauenden Stoffen, als Straftaten zu behandeln.

Ein Vorschlag für eine überarbeitete EU-Gesetzgebung wird bis Ende 2021 erwartet. Eine Bewertung der Richtlinie, die 2019-2020 durchgeführt wurde, kam zu dem Schluss, dass es noch Raum für Verbesserungen gibt, wenn es um die Reduzierung von Umweltkriminalität und die Verfolgung von Straftätern geht. Auf dem Prüfstand werden Anwendungsbereich der Richtlinie, Art und Höhe der Sanktionen, justizielle Zusammenarbeit, Erhebung statistischer Daten und praktische Strafverfolgung stehen.

Die Teilnahme an der öffentlichen Konsultation ist vom 5. Februar bis zum 4. Mai 2021 möglich.

[Pressemitteilung](#)
[Konsultation](#)

Initiativbericht zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet

Das EU-Parlament hat am 9. Februar 2021 umfassende politische Empfehlungen angenommen, um bis spätestens 2050 eine CO₂-neutrale, nachhaltige, giffreie und geschlossene Kreislaufwirtschaft zu erreichen.

Die Abgeordneten betonen in ihrem Initiativbericht, dass bindende EU-Ziele für 2030 benötigt werden, mit denen der Materialfußabdruck und der Konsumfußabdruck der EU erheblich verringert werden, und die den gesamten Produktlebenszyklus aller Erzeugnisse abdecken, die auf den EU-Markt gebracht werden. Sie fordern die Kommission auf, produkt- bzw. branchenspezifische bindende Ziele für den Recycling-Anteil einzuführen.

Die Abgeordneten fordern die Kommission in dem Bericht auf, im Jahr 2021 eine neue Gesetzgebung vorzulegen, die den Geltungsbereich der Ökodesign-Richtlinie so erweitert, dass auch Produkte ohne Energiebezug erfasst werden. Darin sollten produktspezifische Vorgaben festgelegt werden, damit die in der EU auf den Markt gebrachten Produkte gut funktionieren, langlebig und wiederverwendbar sind, leicht repariert werden können, nicht toxisch sind, aufgerüstet und recycelt werden können, recycelte Inhalte enthalten und ressourcen- und energieeffizient sind. Die Abgeordneten hoben ebenfalls hervor, dass die bestehende Abfallgesetzgebung gründlicher umgesetzt werden muss und dass weitere Maßnahmen für Schlüsselsektoren und -produkte wie Textilien, Kunststoffe, Verpackungen und Elektronik notwendig sind.

[Pressemitteilung](#)
[Bericht](#)

Leitfaden für Umweltziele in den nationalen Aufbauplänen

Die Kommission hat am 12. Februar 2021 ihre Leitlinien für die Umsetzung der Umweltziele im EU-Aufbauprogramm NextGenerationEU vorgelegt. Sämtliche Investitionen und Reformen der Mitgliedstaaten müssen sich am Grundsatz der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ (do no significant harm; DNSH) orientieren. Die Regierungen müssen also sicherstellen, dass ihre Aufbaupläne die Verwirklichung von Umweltzielen nicht behindern.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) wird 672,5 Mrd. € an Darlehen und Zuschüssen zur Unterstützung von Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten bereitstellen. Der Leitfaden soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, sicherzustellen, dass alle Investitionen und Reformen, die sie zur Finanzierung durch den EU-Aufbaufonds vorschlagen, die Umweltziele der EU nicht wesentlich beeinträchtigen.

Das Parlament hatte in seiner Plenarwoche vom 8.-12. Februar 2021 die Aufbau- und Resilienzfazilität gebilligt.

Die Leitlinien geben unter anderem Umsetzungsvorschläge in den Bereichen Verkehr, Abfallbewirtschaftung, Wasser- und Bewässerungssysteme, Energieeffizienz von Gebäuden u.w. Durch die Vorschläge sollen die Ziele der EU in den Bereichen Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Wasser- und Bodenschutz sowie Wiederherstellung der Artenvielfalt reflektiert und schneller erreicht werden.

[Pressemitteilung](#)
[Leitlinien](#) und [Anhänge](#)

FFH-Richtlinie: Klage gegen Deutschland

Die Kommission hat am 18. Februar 2021 beschlossen, Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, weil das Land seine Verpflichtungen im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) nicht eingehalten hat. Gemäß der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten besondere Schutzgebiete ausweisen und gebietsspezifische Erhaltungsziele sowie entsprechende Erhaltungsmaßnahmen festlegen, um einen günstigen Erhaltungszustand der dortigen Arten und Lebensräume zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Frist für die Vollendung der notwendigen Maßnahmen für alle Gebiete in Deutschland ist in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen.

Die Kommission übermittelte 2015 ein Aufforderungsschreiben an die Bundesrepublik Deutschland. Nach eingehender Diskussion mit den deutschen Behörden übermittelte sie im Jahr 2019 ein ergänzendes Aufforderungsschreiben, gefolgt von einer mit Gründen versehenen Stellungnahme im Februar 2020.

Den jüngsten Informationen der Behörden zufolge hat Deutschland eine bedeutende Anzahl von Gebieten immer noch nicht als besondere Schutzgebiete ausgewiesen.

Außerdem ist die Kommission der Auffassung, dass die für die einzelnen Gebiete in Deutschland festgelegten Erhaltungsziele nicht hinreichend quantifiziert und messbar sind und dass sie keine ausreichende Berichterstattung ermöglichen.

Schließlich geht die Kommission davon aus, dass es in allen Bundesländern und auf Bundesebene allgemeine und anhaltende Praxis war, für alle 4606 Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung keine hinreichend detaillierten und quantifizierten Erhaltungsziele festzulegen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität und Wirksamkeit der Erhaltungsmaßnahmen.

Daher wird die Kommission Deutschland vor dem Gerichtshof der Europäischen Union verklagen.

[Pressemitteilung](#)
[EU-Vertragsverletzungsverfahren](#)

Ökologischer und digitaler Wandel: neue Partnerschaften auf EU-Ebene

Die Kommission will den Übergang zu einem grünen, klimaneutralen und digitalen Europa rascher voranbringen und hat dazu am 23. Februar 2021 zehn neue europäische Partnerschaften zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten bzw. der Industrie vorgeschlagen. Die Partnerschaften sollen u.a. die Vorsorge und Reaktion der EU auf Infektionskrankheiten verbessern, effiziente emissionsarme Flugzeuge für eine saubere Luftfahrt entwickeln und die Nutzung erneuerbarer biologischer Rohstoffe bei der Energieerzeugung unterstützen. Die EU wird annähernd 10 Mrd. Euro an Finanzmitteln bereitstellen, die von den Partnern um mindestens denselben Betrag aufgestockt werden.

Unter den zehn Partnerschaften, von denen einige auf bereits bestehende gemeinsame Unternehmen aufbauen, ist für den Landwirtschafts- und Umweltbereich die Partnerschaft für ein kreislaforientiertes,

biobasiertes Europa hervorzuheben. Diese Partnerschaft soll zu den Klimazielen für 2030 beitragen und damit den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 ebnen. Außerdem sollen im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal die Nachhaltigkeit und das Kreislaufprinzip der Produktions- und Verbrauchssysteme verbessert werden. Ziel ist die Entwicklung und Ausweitung der nachhaltigen Beschaffung von Biomasse und deren Umwandlung in biobasierte Produkte. Auch soll im Hinblick auf eine Wiederbelebung von ländlichen Gebieten, Küsten- und Randregionen die Einführung biobasierter Innovationen auf regionaler Ebene unter aktiver Beteiligung der lokalen Akteure unterstützt werden.

Weitere Partnerschaften mit Relevanz für Landwirtschaft und Umwelt, sind jene zu sauberem Wasserstoff und Metrologie.

Die Partnerschaft sauberer Wasserstoff soll die Entwicklung und Einführung einer europäischen Wertschöpfungskette für Technologien zur Erzeugung von sauberem Wasserstoff beschleunigen und zu nachhaltigen, dekarbonisierten und voll integrierten Energiesystemen beitragen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Produktion, Verteilung und Speicherung von sauberem Wasserstoff.

Durch die Partnerschaft Metrologie soll mittels eigenständiger europäischer Metrologienetzwerke Europas weltweite Führungsposition in der Metrologieforschung ausgebaut werden.

Der Vorschlag für eine Verordnung zur Gründung von neun gemeinsamen Unternehmen wird vom Rat der Europäischen Union nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen. Die Annahme des gesonderten Vorschlags einer Metrologie-Partnerschaft erfolgt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates.

[Pressemitteilung
Partnerschaften](#)

Sieben Länder schließen Nutri-Score-Koalition

Die zuständigen Lebensmittelbehörden Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande, Spaniens und die Schweiz haben eine Grundsatzvereinbarung geschlossen, um die Regierungen und Unternehmen bei der Einführung des Nutri-Scores zu unterstützen. In diesen sieben Ländern wurde der Nutri-Score bereits eingeführt. Die Vereinbarung umfasst die Gründung eines Lenkungsausschusses und eines wissenschaftlichen Gremiums, das die Nutri-Score-Kennzeichnung begleiten und die ihr zugrundeliegenden Algorithmen bewerten soll. Für Deutschland ist das Max Rubner-Institut (MRI) vertreten. Der Lenkungsausschuss und das wissenschaftliche Gremium haben bereits getagt.

Vor der Einführung des Nutri-Scores in Deutschland im November 2020 hatte das MRI für das BMEL verschiedene Kennzeichnungssysteme verglichen, nun untersucht die EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) für die Kommission momentan, welches Lebensmittel-Kennzeichnungssystem geeignet ist, Verbraucherinnen und Verbraucher dabei zu unterstützen, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Laut der Farm-to-Fork Strategie (F2F), soll in der EU bis Ende 2022 eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung eingeführt werden. Einige Mitgliedstaaten, darunter Italien, zweifeln nach wie vor daran, dass Nutri-Score ein sinnvolles Kennzeichnungs-System darstellt und es wurde Kritik laut, dass die mediterrane Küche bei diesem System nicht adäquat bewertet wird. Ende dieses Jahres wird eine öffentliche Konsultation zur Nährwertkennzeichnung eröffnet werden. Das Gutachten der EFSA soll im Frühjahr 2022 vorliegen.

[Pressemitteilung
Nutri-Score](#)

Studie: Gemeinsame Agrarpolitik trägt zur territorialen Entwicklung bei

Die Kommission veröffentlichte am 18. Februar 2021 eine Studie zu den Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die territoriale Entwicklung des ländlichen Raums. Grundlage dazu lieferte eine Debatte über die langfristige Vision für ländliche Gebiete. Ergebnis ist, dass die GAP und entsprechende Finanzierungen zu einer ausgewogenen Entwicklung und verbesserten sozioökonomischen und sozialen Eingliederung der ländlichen Gebiete beitragen könne. Finanzierungen aus der GAP beziehen sich allerdings vorwiegend auf die Landwirtschaft und unterstützen weder Infrastrukturen noch Dienstleistungen, so die Studie. Die EU-Gelder alleine führen deshalb noch nicht zu diesen Verbesserungen, vielmehr spielen auch die örtlichen Gegebenheiten und die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe eine Rolle. So könne beispielsweise in Randgebieten nahe städtischer Zentren die finanzielle Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe dazu führen, ihre Betriebe im ländlichen Raum zu halten und

Abwanderungen vorzubeugen. Dadurch könne die Attraktivität dieser Regionen gesteigert und Investitionen begünstigt werden. Insbesondere die Direktzahlungen aus der ersten Säule haben nachweislich positive Auswirkungen auf die regionale Beschäftigung und Re-Investitionen, so die Studie. Größere Betriebe profitieren allerdings eher von den Direktzahlungen als kleinere. Hingegen führen die Zahlungen aus der 2. Säule der Agrarpolitik mit einem spezielleren Fokus auf die sozioökonomischen und sozialen Aspekte zu positiven Effekten für kleinere Betriebe. Hemmschuh für kleinere Betriebe, Organisationen und Unternehmen ist allerdings der hohe Verwaltungsaufwand für die Beantragung der Mittel aus der 2. Säule, so die Studie. Die Kommission wird im Herbst 2021 einen Bericht zu diesem Thema veröffentlichen.

[Studie](#)

Kommission kündigt Algenstrategie an

Am 11. Februar teilte die Kommission mit, dass sie an einer umfassenden sektorübergreifenden Algenstrategie arbeite und so einen nachhaltigen Algensektor in der EU stärken möchte. Dies ist das Ergebnis des Konsultationsverfahrens "Blaue Bioökonomie - für einen starken nachhaltigen Algensektor", das am 18. Januar 2021 endete. Ziel der Kommission ist es, die Produktion und den Konsum von nachhaltig produzierten Algen und innovativen Produkten, die auf Algen basieren, zu stärken. Die Algenproduktion soll aufgrund des geringen CO₂-Fußabdrucks nicht nur einen Beitrag zur Erreichung der Green-Deal-Zielsetzungen leisten, sondern zum ökonomischen Aufschwung beitragen, da Algen nicht nur in Lebensmitteln, sondern auch bei der Herstellung von Medikamenten sowie Düngemitteln verarbeitet werden können.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Zusammenstellung statistischer Daten über die Landwirtschaft in der EU

Die Kommission stellte am 2. Februar 2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Aktualisierung von Vorschriften für die Zusammenstellung statistischer Daten über die Landwirtschaft in der EU, einschließlich des ökologischen/biologischen Sektors, zur Konsultation. Die Initiative umfasst landwirtschaftliche Betriebsmittel und die landwirtschaftliche Erzeugung (z.B. Kulturpflanzen und Tiere, Pestizide, Nährstoffe, Agrarpreise) und zielt darauf ab, die Übermittlung dieser Daten an die Kommission durch die EU-Staaten und den Vergleich der erhobenen Daten zu erleichtern sowie den neuen Datenbedarf zu berücksichtigen. Rückmeldungen sind bis zum 31. März 2021 möglich.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zu EU-Vorschriften für Düngeprodukte

Am 02. Februar 2021 stellte die Kommission einen Entwurf für eine Delegierte Verordnung zur Aktualisierung technischer Anhänge der Verordnung (EU) 2019/1009 zu Vorschriften für die Bereitstellung von EU-Düngeprodukten auf dem Markt zur Konsultation. Diese soll ab dem 16. Juli 2022 gelten und sicherstellen, dass nur Düngeprodukte, die die Effizienz- und Sicherheitsanforderungen erfüllen, in der gesamten EU frei verkauft werden können. Die aktualisierten technischen Anhänge sollen hierbei EU-Ländern und der Industrie bei der Anwendung der Vorschriften helfen. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das erste Quartal 2021 geplant. Rückmeldungen sind bis zum 16. März 2021 möglich.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Verlängerung des Schutzes der Pflanzenzüchterrechte für einige Arten

Die Kommission stellte am 3. Februar 2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Verlängerung des Schutzes der Züchterrechte für einige Pflanzenarten zur Konsultation. Die Kommission hatte zuvor untersucht, ob für die betreffenden Arten technische Probleme bei der Züchtung bestehen, die Forschungsausgaben über einen langen Zeitraum erfordern, ob die Vermehrung von Vermehrungsmaterial eine lange Zeit in Anspruch nimmt, ob die neuen Sorten erst langfristig einen Handelswert aufweisen und ob die Rendite auf Investitionen in Forschungstätigkeiten verglichen mit anderen Gartenbau- oder landwirtschaftlichen Kulturen erst in einem relativ späten Stadium des Schutzes anfällt. Die durchgeführte Analyse habe ergeben, dass die Schutzdauer für die Art Spargel und für die Artengruppen Blumenzwiebeln, kleinfruchtige Sträucher und Ziergehölze um fünf Jahre verlängert werden sollte, damit ein rechtliches Umfeld geschaffen werden kann, das eine faire Wiedererwirtschaftung von

Forschungs- und Züchtungsausgaben ermöglicht. Rückmeldungen zur Konsultation sind bis zum 2. April 2021 möglich.

[Pressemitteilung](#)

Studie zu Auswirkungen der GAP auf die Böden

Die Kommission veröffentlichte am 4. Februar 2021 eine Studie, die darauf abzielte, Aktivitäten, die sich auf die Bodenqualität auswirken, zu identifizieren und die Umsetzungsentscheidungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten (MS) mit Auswirkungen auf die Bodenqualität und -produktivität zu überprüfen. Die Studie kommt unter anderem zu dem Schluss, dass es durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Anforderungen zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln durch die Unterstützung des ökologischen Landbaus und durch das Verbot ihres Einsatzes in ökologischen Schwerpunktgebieten gäbe. Darüber hinaus haben die „Cross-Compliance“-Vorschriften dazu beigetragen, den Einsatz von Düngemitteln in nitratgefährdeten Gebieten zu begrenzen. Untersucht wurden die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz und Kohärenz sowie der EU-Mehrwert der GAP-Instrumente und -Maßnahmen, die sich mit nachhaltigem Bodenmanagement und Bodenqualität befassen. Die Analyse deckte den Zeitraum ab dem 1. Januar 2014 in allen Mitgliedstaaten ab.

[Studie](#)

Änderung von Vorschriften für die Identifizierung und Registrierung von Pferden

Die Kommission veröffentlichte am 4. Februar 2021 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung, die das Standard-Identifizierungsdokument für Pferde und ähnliche Tiere, z.B. Esel („Equidenpass“) betrifft. Dieses Dokument wird beim Transport der Tiere in der EU verwendet. Es soll der Identifizierung des Tieres dienen, die Angabe enthalten, ob das Tier für die Erzeugung von Lebensmitteln verwendet wird, als Zuchtbescheinigung dienen und für die Teilnahme an Wettbewerben oder Rennen benötigte Informationen enthalten. Rückmeldungen zur Konsultation sind bis zum 4. März 2021 möglich. Der Vorschlag wird mit Hinblick auf unklare Zuständigkeiten, dessen Komplexität und Verständlichkeit kritisiert. Insbesondere der Vermeidung einer Verschleppung von Pferdekrankheiten, wie z.B. der Ansteckenden Blutarmut der Pferde (EIA), wird mangelhaft Rechnung getragen. Die Regelung der Daten, die vor einer pferdesportlichen Veranstaltung anzugeben sind, berücksichtigen nicht, dass die einflussreichen Pferdesport-Verbände wegen ihrer wenig geeigneten Software die für die Rückverfolgbarkeit notwendigen Angaben nicht zur Verfügung stellen können (oder wollen). Im Gegensatz dazu sind die Pferdezucht-Verbände in der Lage, solche Daten zu sichern und tagaktuell der Veterinärbehörde zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt, spätestens nach einer erneuten Seuchenverschleppung (z.B. im „Polosport“) sollte eine Änderung der Verordnung angestrebt werden. Seitens Mecklenburg-Vorpommern wäre es zu begrüßen, wenn der Vorschlag keine zustimmende Mehrheit der Mitgliedstaaten in den zuständigen Gremien finden würde.

[Konsultation](#)

Konsultation zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Produkte

Am 9. Februar 2021 veröffentlichte die Kommission Fahrpläne für einen für das erste Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine Verordnung zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel aus der EU innerhalb und außerhalb der EU. Derzeit überprüft die Kommission diese Politik mit dem Ziel, deren Beitrag zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Verbrauch zu erhöhen. Berücksichtigt würde dabei auch der Trend hin zu einer stärker pflanzlichen Ernährung mit weniger rotem und verarbeitetem Fleisch und mehr Obst und Gemüse. Rückmeldungen sind bis zum 9. März 2021 möglich.

[Konsultation](#)

Umsetzung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse

Die Kommission veröffentlichte am 11. Februar 2021 einen Bericht über die Umsetzung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern, der zu dem Schluss kommt, dass die Absatzförderungs politik die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors erhöht und das Bewusstsein für die hohen Standards von EU-Erzeugnissen, insbesondere auf Drittmärkten, geschärft habe. Hintergrund des Berichts ist die von der Kommission für das Jahr 2021 geplante Überprüfung der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse, die unter anderem darauf abzielt, neuen EU-Prioritäten, wie dem europäischen Green Deal, Rechnung zu tragen. Der Bericht soll hierbei

einen Überblick geben, wie die Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse seit der Reform von 2014 umgesetzt wurden, und enthält Empfehlungen, die in die Überprüfung des Jahres 2021 einfließen sollen.

[Pressemitteilung](#)

Neue Strategie für die Anpassung an den Klimawandel

Die Kommission hat am 24. Februar 2021 eine Strategie vorgelegt, um sich besser gegen die Folgen des Klimawandels zu wappnen. Aufbauend auf der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel von 2013 zielen die neuen Vorschläge darauf ab, den Schwerpunkt vom Verständnis des Problems auf die Entwicklung von Lösungen zu verlagern und von der Planung zur Umsetzung überzugehen.

Wirtschaftliche Verluste infolge häufigerer klimabedingter Wetterextreme nehmen zu. Konservativen Schätzungen zufolge müsste die heutige Wirtschaft in der EU bei einer Erderwärmung um 3 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau jährliche Verluste von mindestens 170 Mrd. Euro hinnehmen. Bei den Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssten alle Teile der Gesellschaft und alle Entscheidungsebenen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU – einbezogen werden, so die Kommission. Die Anpassungsmaßnahmen sollen sich auf solide Daten und Risikobewertungsinstrumente stützen, die allen zur Verfügung stehen – von Familien, die Wohnungen oder Häuser kaufen, bauen oder renovieren, bis hin zu Unternehmen in Küstenregionen oder Landwirten bei der Anbauplanung. Um das zu erreichen, werden in der Strategie Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Grenzen des Wissens über die Anpassung an den Klimawandel verschoben werden sollen, um mehr und bessere Daten zu klimabezogenen Risiken und Verlusten zu erheben und allen zur Verfügung zu stellen. Die Europäische Wissensplattform für Klimaanpassung Climate-ADAPT soll erweitert werden, und es wird eine spezielle Beobachtungsstelle für Gesundheit geben, die der besseren Nachverfolgung, Analyse und Vorbeugung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit dienen soll.

Die Kommission will die weitere Entwicklung und die Umsetzung von Anpassungsstrategien und -plänen fördern, wobei es drei bereichsübergreifende Prioritäten gibt: Integration der Anpassung in die Haushaltspolitik, naturbasierte Anpassungslösungen und lokale Anpassungsmaßnahmen.

[Pressemitteilung](#)

[Strategie zur Anpassung](#)

Start von Horizont Europa

EU-Forschungskommissarin Mariya Gabriel hat am 2. Februar 2021 zum offiziellen Start des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa (2021 bis 2027) einen neuen Pakt für Forschung und Innovation vorgeschlagen. Der Pakt soll die Zusammenarbeit stärken, die regionalen, nationalen und europäischen Investitionen angleichen und Horizont Europa in den größeren politischen Rahmen des neuen europäischen Forschungsraums stellen.

[Pressemitteilung](#)

Neue Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrates

Der Europäische Forschungsrat (ERC) wird demnächst neue Ausschreibungen für die renommierten ERC-Grants für exzellente Forschende in Europa veröffentlichen. Der ERC ist ein fester Bestandteil im ersten Pfeiler von Horizont 2020, dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm der EU. Die ersten aktuellen Entwürfe der Ausschreibungen für den ERC haben zum Ziel rund 1000 Projekte zu finanzieren. Die ERC Starting Grants können von 25. Februar 2021 bis 24. März 2021 und die Consolidator Grants von 11. März 2021 bis 20. April 2021 beantragt werden können. Die renommierten und begehrten ERC Ausschreibungen sind stark überzeichnet. Aktuell sind ca. 12% der Anträge erfolgreich.

[Rede ERC President Jean-Pierre Bourguignon vom 3. Februar 2021](#)

MEDIA – im Kulturförderprogramm Kreatives Europa

Das Media Programm zur Unterstützung europäischer Filme und audiovisueller Medien feiert 2021 sein 30-jähriges Bestehen. Die Kampagne der Kommission – „We all love stories“ – soll diese Feier begleiten. Seit 1991 wurden im Rahmen des Aktionsbereichs MEDIA des Programms Kreatives Europa mehr als 2,6 Mrd. € in die Filmindustrie und audiovisuelle Industrie investiert. Für den neuen Förderzeitraum 2021-2027 werden für das gesamte Programm Kreatives Europa Mittel in Höhe von 2,4 Mrd. € veranschlagt. Davon sollen rund 1,4 Mrd. € in den Aktionsbereich MEDIA fließen. Die Kampagne wird sich auf 10 verschiedene Themen konzentrieren und in erster Linie in den sozialen Medien stattfinden, um junge Menschen und Fachleute aus der Industrie zu erreichen. Zudem werden über eine eigene Website und Instagram-Beiträge Informationen bereitgestellt werden.

[Zur Webseite](#)

Empfehlungen an die Kommission zur Regulierung zukünftiger Wasserstoffnetze

Die Agentur für Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und der Rat der europäischen Energieregulierer (CEER) haben am 9. Februar 2021 eine Reihe von Empfehlungen für die Nutzung der Erdgasinfrastruktur für den Transport von Wasserstoff an die Europäische Kommission gerichtet. Der Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft und seiner Infrastrukturen bedürfe einer ausgewogenen Abwägung zwischen Neubau von Pipelines oder der Verwendung bestehender Gasinfrastrukturen, betonen die Regulierer. Sind beispielsweise die Stilllegungskosten und die Kosten für den Neubau von Wasserstoff-Pipelines unverhältnismäßig, spricht vieles für die Umwidmung und Verwendung bestehender Gasnetze auch unter Berücksichtigung der Verkehrsinfrastruktur, so die Regulierer. ACER und CEER fordern von der Kommission darüber hinaus vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung durch Eigentümer von Wasserstoffnetzen.

[Pressemitteilung](#)

[Wasserstoffstrategie](#)

[Fragen und Antworten zur Wasserstoffstrategie](#)

Konsultation zur Überarbeitung der transeuropäischen Verkehrsnetze

Die Kommission hat am 10. Februar 2021 eine Konsultation zur Überarbeitung der transeuropäischen Verkehrsnetze vorgelegt. Bis zum 5. Mai 2021 können Interessenten aus allen EU-Staaten die Überarbeitung des Kernnetzes und des Gesamtnetzes beeinflussen und prioritäre Projekte aus ihrer Region vorschlagen. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Bahnstrecke Schwerin-Lübeck, die Schienenverbindung von Hamburg nach Stralsund und Sassnitz und die Bahnstrecke Berlin Stralsund als prioritär erachtet.

[Konsultation](#)

Konsultation zur nachhaltigen Mobilitätsstrategie im Ausschuss der Regionen

Am 26. Februar 2021 hat Berichterstatter Robert van Asten (NL) im Ausschuss der Regionen seinen Bericht zur nachhaltigen und intelligenten europäischen Mobilitätsstrategie vorgelegt. Nun kann bis zum 8. März zu diesem Bericht Stellung zu bezogen werden. Am 23. April 2021 soll der Bericht dann in der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt angenommen werden. Beiträge können direkt an diese [Emailadresse](#) gesandt werden.

[Bericht](#)

Telekommunikationsvorschriften: Vertragsverletzungsverfahren gegen 24 Mitgliedstaaten

Die Kommission hat am 4. Februar 2021 Vertragsverletzungsverfahren gegen 24 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, eingeleitet, weil sie die neuen EU-Telekommunikationsvorschriften nicht umgesetzt haben. Der [europäische Kodex für die elektronische Kommunikation](#), der im Dezember 2018 in Kraft getreten war, modernisiert den europäischen Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation. Damit sollen die Wahlmöglichkeiten und Verbraucherrechte gestärkt, höhere Standards für Kommunikationsdienste gewährleistet sowie Investitionen für mehr Konnektivität und digitale Innovation gefördert werden.

Die Frist für die Umsetzung des Kodex in nationales Recht endete am 21. Dezember 2020. Bislang haben nur Griechenland, Ungarn und Finnland der Kommission mitgeteilt, dass sie alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie getroffen haben und damit ihre Umsetzung für vollständig erklärt.

Daher richtete die Kommission förmliche Aufforderungsschreiben u. a. an Deutschland in denen sie diese Länder auffordert, unverzüglich alle einschlägigen Maßnahmen anzunehmen und zu übermitteln. Die Mitgliedstaaten müssen nun binnen zwei Monaten darauf reagieren.

Der europäische Kodex für die elektronische Kommunikation, mit dem der Rechtsrahmen für den europäischen Telekommunikationssektor mit den neuen Herausforderungen in Einklang gebracht wird, ist im Dezember 2018 in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten hatten zwei Jahre Zeit, um seine Vorschriften umzusetzen. Es handelt sich um einen zentralen Rechtsakt, wenn es darum geht eine [europäische](#)

[Gigabit-Gesellschaft](#) Wirklichkeit werden zu lassen und eine umfassende Teilhabe aller EU-Bürgerinnen und -Bürger an der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Um die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zu unterstützen, hat die Kommission den Umsetzungsprozess begleitet und ihnen umfassende Orientierungshilfen und Hilfestellung gegeben. Darüber hinaus hat das Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) im Hinblick auf eine erfolgreiche Anwendung der neuen Vorschriften [Leitlinien](#) ausgearbeitet und veröffentlicht.

[Pressemitteilung: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen 24 Mitgliedstaaten wegen Nichtumsetzung neuer EU-Telekommunikationsvorschriften ein](#)

[Factsheet zur Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation](#)

[Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation](#)

[Konnektivität für eine europäische Gigabit-Gesellschaft](#)

[Neue EU-Telekommunikationsvorschriften: letzte Maßnahmen noch rechtzeitig vor Ablauf der Umsetzungsfrist – Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Interoperabilität öffentlicher digitaler Dienste

Die Kommission hat am 1. Februar 2021 eine Konsultation vorgelegt, um die Ansichten der Interessenträger zu den EU-Initiativen im Bereich der Interoperabilität im öffentlichen Sektor einzuholen. Die Kommission hat vorgeschlagen, bis 2021 eine verstärkte Interoperabilitätsstrategie für die EU-Regierungen vorzulegen, um die Koordinierung und gemeinsame Standards für sichere, grenzüberschreitende Datenströme und Dienste des öffentlichen Sektors zu gewährleisten. Rückmeldungen zur Konsultation sind bis zum 26. April 2021 möglich.

[Konsultation](#)

Kommission legt Roadmap für die Digitale Dekade vor

Am 9. Februar hat die Kommission eine Mitteilung über einen gemeinsamen Digitalplan bis 2030 vorgelegt. Die Mitteilung enthält eine Zielvorstellung davon, was ein erfolgreicher digitaler Wandel für die Europäerinnen und Europäer bis 2030 bedeuten wird.

Diese Initiative umfasst:

- eine klare Ambition auf Grundlage gemeinsamer Ziele
- Digitalgrundsätze im Dienste der Menschen
- einen Rahmen für die Steigerung der strategischen Kapazitäten Europas durch länderübergreifende Projekte
- eine Lenkungsstruktur zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und Maßnahmen zur Einbindung der Öffentlichkeit

Bis zum 9. März können Rückmeldungen zu diesem Fahrplan gegeben werden. Den eingehenden Rückmeldungen wird bei der weiteren Entwicklung und Feinabstimmung der Initiative Rechnung getragen. Die Kommission wird die eingegangenen Beiträge in einem Bericht zusammenfassen und dabei erläutern, in welcher Weise sie berücksichtigt werden bzw. warum bestimmte Vorschläge nicht aufgegriffen werden können. Die eingegangenen Rückmeldungen werden auf dieser Website veröffentlicht.

[Roadmap Digitale Dekade](#)

Position des Rates zu ePrivacy-Verordnung

Siehe unter [Medien](#).

Eine Modellregion der erneuerbaren Energien: Projektvorstellung MoRE

Der Klimawandel kennt keine Grenzen. Für Grenzregionen, wie die deutsch-polnischen Inseln Usedom und Wollin, wird eine stärkere Zusammenarbeit mittel- und langfristig daher immer relevanter, stehen sie doch vor ähnlichen Herausforderungen. Vor allem die Natur lockt viele Besucher zur Erholung und zum Urlaub in die Region, aber mit der polnischen Stadt Swinemünde ist auch ein wichtiger Wirtschaftsstandort zentral gelegen. Der Tourismus fordert die Inseln hinsichtlich des saisonalen Energiebedarfs, aber auch mit Blick auf den Verkehr heraus – mit Einfluss auf die Umwelt, die Einheimischen und natürlich den Tourismus. Entsprechend gilt es auch für das Gewerbe, den öffentlichen Raum und die Haushalte auf den Inseln das vorhandene Potenzial erneuerbarer Energiequellen stärker zu nutzen, um grenzübergreifend die gemeinsamen Herausforderungen anzugehen.

Mit diesen Herausforderungen im Rahmen der grenzübergreifenden Kooperation befasst sich das Interreg-A-Projekt „Modellregion der Erneuerbaren Energien - Inseln Usedom und Wollin“(MoRE). In mehreren Arbeitspaketen wird der Frage nachgegangen, wie sich der Anteil erneuerbarer Energien sowohl in der Energieerzeugung als auch im Energieverbrauch steigern lassen kann, um die Inseln „grüner“ werden zu lassen sowie eine Dachmarke zu entwickeln, die auch für den Tourismus genutzt werden kann. Die Arbeit der Arbeitspakete soll abschließend in der Unterzeichnung einer gemeinsamen Abschlusserklärung zur Schaffung einer Modellregion Erneuerbarer Energien münden.

Für die Erhöhung des Anteils erneuerbare Energien wird anhand verschiedener Analysen und Untersuchungen ein Energieporträt der Inseln erstellt. Dieses soll sowohl die Energieerzeugung, die Energieversorgung und den Energieverbrauch als auch die Hauptenergieverbraucher berücksichtigen. Das Energieporträt soll auch eine Energiekarte der Inseln beinhalten. Neben Luft-, Thermal- und Wasseruntersuchungen soll es hier auch um das Thema Elektromobilität und Ladeinfrastruktur gehen.

Gleichzeitig werden im Dialog mit verschiedenen Stakeholdern aus der Wirtschaft, den Energieversorgern, den Verkehrsbetrieben, den Kommunen und Bewohnern der Inseln Maßnahmen entwickelt, die die Akzeptanz und Nutzung von erneuerbarer Energien steigern sollen.

Die nachhaltige Umsetzung der Modellregion soll durch Vorschläge zur Verankerung der Modellregion, insbesondere der Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien, in strategie- und raumordnungspolitischen Dokumenten ermöglicht werden. Hierzu wird mit deutschen und polnischen Planungseinheiten zusammengearbeitet und so auch der grenzübergreifende Austausch auf Verwaltungsebene in diesem Themenbereich unterstützt.

Die Projektpartner sind Gemeinden der beiden Inseln, regionale Raumplanungsämter, Universitäten und Verwaltungen. Lead Partner ist das Regionale Raumplanungsbüro der Woiwodschaft Westpommern. Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern ist Partner in dem Projekt.

Das Projekt läuft noch bis Juni 2022.

Schutz von Menschen, die über Plattformen arbeiten

Die Kommission leitete am 24. Februar 2021 die erste Phase einer Konsultation der europäischen Sozialpartner ein, um deren Ansichten zu der Frage einzuholen, wie die Arbeitsbedingungen von Menschen, die über digitale Plattformen arbeiten, verbessert werden können. Die Plattformarbeit nimmt in der EU in immer mehr Wirtschaftszweigen eine rasante Entwicklung. Sie kann mehr Flexibilität, neue Beschäftigungs- und zusätzliche Einkommensmöglichkeiten bieten – auch für Menschen, die auf dem traditionellen Arbeitsmarkt möglicherweise nur schwierig Zugang finden. Allerdings sind bei bestimmten Arten von Plattformarbeit die Arbeitsbedingungen durchaus prekär, was sich in einem Mangel an Transparenz und Verlässlichkeit der vertraglichen Vereinbarungen, an Sicherheit und Gesundheitsschutz und einem unzureichenden Klima Zugang zum Sozialschutz äußert (Essenslieferanten u.ä.).

Die Coronavirus-Krise hat den digitalen Wandel und die Verbreitung von Plattform-Geschäftsmodellen im Binnenmarkt beschleunigt. Ohne bestimmte Plattformen wäre es kaum möglich gewesen, mitten im Lockdown noch den Zugang zu Dienstleistungen sicherstellen zu können. Gleichzeitig hat die Gesundheitskrise die prekäre Lage von Menschen, die in Bereichen wie der Plattformwirtschaft arbeiten, sowohl im Hinblick auf die Exposition gegenüber Gesundheits- und Sicherheitsrisiken als auch in Bezug auf den eingeschränkten Zugang zu Sozialschutz und Sozialleistungen noch deutlicher zutage treten lassen. Diese Entwicklungen und der grenzüberschreitende Charakter digitaler Plattformen haben nach Auffassung der Kommission die Notwendigkeit einer EU-Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten noch deutlicher werden lassen. In dieser ersten Phase der Konsultation sollen die Ansichten der europäischen Sozialpartner zur Notwendigkeit und zur Ausrichtung möglicher EU-Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit eingeholt werden. Die Konsultation läuft mindestens sechs Wochen.

Hintergrund: In Artikel 154 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) ist für Vorschläge im Bereich der Sozialpolitik auf der Grundlage von Artikel 153 AEUV eine zweistufige Anhörung der Sozialpartner vorgesehen. Sofern die Sozialpartner nicht beschließen, nach der ersten oder zweiten Phase der Konsultation untereinander Verhandlungen aufzunehmen, beabsichtigt die Kommission, bis Ende des Jahres eine Gesetzgebungsinitiative vorzulegen.

[Erste Phase der Konsultation der Sozialpartner](#)

[Fragen und Antworten: Erste Phase der Konsultation der Sozialpartner zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit](#)

Position des Rates zur ePrivacy-Verordnung

Der Rat legte am 10. Februar 2021 seinen Standpunkt zur Datenschutzverordnung für elektronische Kommunikation (ePrivacy-Verordnung) fest. Mit diesen aktualisierten e-Datenschutzvorschriften wird festgelegt, in welchen Fällen Diensteanbieter elektronische Kommunikationsdaten verarbeiten oder Zugang zu Daten erhalten dürfen, die auf den Geräten der Endnutzer gespeichert sind. Die bestehende Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation stammt von 2002. Mit der im Entwurf vorliegenden Datenschutzverordnung für elektronische Kommunikation soll die bestehende Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation aufgehoben werden. Als besonderes Gesetz („lex specialis“) zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) soll sie diese konkretisieren und ergänzen. Die Verordnung soll für elektronische Kommunikationsinhalte gelten, die über öffentlich zugängliche Dienste und Netze übermittelt werden, u.a. auch Metadaten wie Informationen über den Ort sowie die Uhrzeit. In aller Regel sollen elektronische Kommunikationsdaten vertraulich behandelt werden. Eingriffe sind nur in geregelten Fällen zulässig, wie beispielsweise dem Schutz der Integrität von Kommunikationsdiensten oder der Verfolgung von Straftaten oder die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Auch die Einwilligung in Cookies soll geregelt werden. Der Rat und das Europäische Parlament müssen im weiteren Verfahren einen gemeinsamen Standpunkt finden.

[Pressemitteilung](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen

Die Kommission hat am 18. Februar eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Polen wegen Verstoßes gegen das EU-Recht gerichtet, das die Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsstelle gewährleistet. Dies stelle einen zentralen Grundsatz des EU-Telekommunikationsrechts dar. Insbesondere habe eine Änderung des polnischen Telekommunikationsgesetzes dazu geführt, dass das Mandat des Leiters der polnischen Regulierungsstelle – des Amtes für elektronische Kommunikation – vorzeitig beendet worden sei. Grundsätzlich soll jedweder Zweifel an der Neutralität der Behörde und ihrer Unabhängigkeit von äußeren Faktoren ausgeräumt werden. Polen hat zwei Monate Zeit, um gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen.

[Pressemitteilung](#) (unter Nr. 8)

EuGH zu regionaler Werbung im bundesweiten Programm

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 3. Februar 2021 in der Rechtssache C-555/19 entschieden, dass das Verbot, im Rahmen bundesweit ausgestrahlter deutscher Fernsehprogramme Werbung nur regional zu zeigen, gegen das Unionsrecht verstoßen könnte. In dem zugrundeliegenden Fall wollte ProSiebenSat.1 regionale Werbung im Rahmen ihres bundesweiten Programms nur im Freistaat Bayern ausstrahlen. Ein solches, umfassendes Verbot könnte über das hinausgehen, was erforderlich ist, um den pluralistischen Charakter des Fernsehprogrammangebots zu wahren, indem nur den regionalen und lokalen Fernsehveranstaltern die Einnahmen aus der regionalen Fernsehwerbung vorbehalten bleiben. Auch könnte es zu einer unzulässigen Ungleichbehandlung der nationalen Fernsehveranstalter und der Anbieter von Werbedienstleistungen im Internet führen. Im weiteren Verfahren muss das nationale Gericht diese Abwägung vornehmen und den Fall entscheiden.

[Pressemitteilung](#)

142. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 3. bis 5. Februar 2021 fand die 142. Plenartagung des Ausschusses der Regionen statt. Die Mitglieder nahmen aufgrund der Corona-Pandemie auch online am Plenum teil. Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Tilo Gundlack, Mitglied des Landtages, vertreten. Gastredner waren Pedro Silva Pereira, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Christa Schweng, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Kommissarin Mariya Gabriel, Kommissarin Elisa Ferreira und Ana Paula Zacarias, portugiesische Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten. Im Plenum sind neben der Corona-Pandemie u.a. folgende Themen behandelt worden: Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz; Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation – Stärkung der Jugendgarantie; Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa; Agrarökologie; Eine Union der Gleichheit: Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma 2020-2030; Ein neuer EFR für Forschung und Innovation; Neustart der Kultur- und Kreativwirtschaft; 8. Umweltaktionsprogramm; Entwurf einer Entschließung „Die COVID-19-Impfkampagne“.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Tag der Meere

Der europäische Tag der Meere findet in diesem Jahr als Hybridveranstaltung am 20. und 21. Mai 2021 in Den Helder, Niederlande statt.

[Pressemitteilung](#)

17. Forum Ostsee Mecklenburg-Vorpommern informiert zum überarbeiteten Aktionsplan der EU-Ostseestrategie

Die Europäische Kommission genehmigte am 17. Februar 2021 den überarbeiteten Aktionsplan der EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR). Die wesentlichen Eckpunkte des überarbeiteten Aktionsplans waren Thema auf der 17. Sitzung des Forums Ostsee Mecklenburg-Vorpommern, das am 25. Februar 2021 online stattfand.

Inhaltlich umfasst der aktualisierte Aktionsplan nun 14 Politikbereiche, darunter etwa die Förderung des sicheren und sauberen Schiffsverkehrs, des Tourismus oder die Vermeidung von Schadstoffeinträgen. Neu hinzugekommen ist der Politikbereich Raumordnung. Auch die Zusammenarbeit im Falle von Katastrophen und von Sicherheitsbehörden sind Themen im Aktionsplan. Künftig sollen die Themen Klimawandel und die Zusammenarbeit mit Akteuren aus Drittstaaten (Nicht-EU) in allen Politikbereichen berücksichtigt werden. Mit dem Baltic Sea Strategy Point soll die Kommunikation der Strategie verbessert und eine zentrale Anlaufstelle für die Stakeholder im Umsetzungsprozess geschaffen werden.

Die Umsetzung des Aktionsplans erfolgt im Wesentlichen in Form von Projekten. Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern haben sich in den vergangenen Jahren an über 23 sogenannten Flagships im Rahmen der EU-Ostseestrategie beteiligt. Auch an den Ende 2020 im Rahmen des Interreg-Programms Ostseeregion genehmigten Anschubprojekten beteiligen sich Akteure aus dem Land. Mit ihnen wird die weitere Zusammenarbeit in der neuen EU-Programmperiode vorbereitet. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Projekte:

[Baltic DigiTour](#) - Aufbau einer Wissensplattform und -Community zur Digitalisierung im Tourismus (Politikbereich Tourismus)

[BOWE2X](#) - Erforschung der Power-to-X-Umwandlung an Offshore-Windparks oder Landungspunkten in der südlichen Ostsee (Politikbereich Energie)

[Change\(K\)now!](#) - Erreichen von Verhaltensveränderungen zum Schutz der Ostsee beim Kauf und Einsatz von giftigen Chemikalien (Politikbereich Gefahrstoffe)

[REPHIRA](#) - Reduzierung von Arzneimittelninträgen im ländlichen Raum (Politikbereich Gefahrstoffe)

[Revitalise Heritage](#) - Wiederbelebung des Architektur- und Landschaftserbes im Ostseeraum (Politikbereich Kultur)

[UROSCO](#) - Aktualisierung und Neuberechnung nationaler Vorsorgepläne zur Ölhavariebekämpfung im Ostseeraum (Politikbereich Nottfälle und Kriminalitätsbekämpfung)

Weitere Informationen zur EU-Ostseestrategie und den Projekten mit MV-Beteiligung: [Europa-MV](#)
Deutschsprachige [Übersicht zum Aktionsplan der EU-Ostseestrategie](#)

13. Laufende Konsultationen

Allgemeine und berufliche Bildung	
27. Januar 2021 – 21. April 2021	Demografischer Wandel in Europa – Grünbuch zum Thema Altern
Bank- und Finanzdienstleistungen	
25. Februar 2021 – 20. Mai 2021	Bankenunion – Überprüfung des Rahmens für das Bankenrisikomanagement und die Einlagenversicherung (SRMR)
25. Februar 2021 – 20. Mai 2021	Bankenunion – Überprüfung des Rahmens für das Bankenrisikomanagement und die Einlagenversicherung (DGSD)
Beschäftigung und Soziales	
27. Januar 2021 – 21. April 2021	Demografischer Wandel in Europa – Grünbuch zum Thema Altern
07. Dezember 2021 – 01. März 2021	Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz – Strategischer Rahmen der EU (2021-2027)
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	
01. Februar 2021 – 26. April 2021	Interoperable digitale öffentliche Dienste – Bewertung des Europäischen Interoperabilitätsrahmens und strategische Ausrichtung
2. Dezember 2020 – 2. März 2021	Hochgeschwindigkeits-Breitbanddienste in der EU – Überprüfung der Vorschriften
Energie	
05. Februar 2021 – 01. Mai 2021	Klimawandel – neue Vorschriften zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor
Handel	
14. Januar 2021 – 8. April 2021	EU-Colombia/Ecuador/Peru Trade Agreement - evaluation
Inneres	
11. Februar 2021 – 15. April 2021	Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern: Erkennung, Entfernung und Meldung illegaler Online-Inhalte
19. Januar 2021 – 16. März 2021	Vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen – Änderung des Schengener Grenzkodex
19. Januar 2021 – 16. März 2021	Sicherheit und Grenzmanagement – neue Schengen-Strategie
16. Dezember 2020 – 24. März 2021	Stärkung des automatisierten Datenaustauschs auf der Grundlage des Prüm-Rahmens
Institutionelle Angelegenheiten	
01. Februar 2021 – 26. April 2021	Interoperable digitale öffentliche Dienste – Bewertung des Europäischen Interoperabilitätsrahmens und strategische Ausrichtung

Justiz und Grundrechte	
16. Februar 2021 – 11. Mai 2021	<u>Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten – Nutzung digitaler Technologien</u>
08. Februar 2021 – 10. Mai 2021	<u>Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt – Opfer schützen und Täter bestrafen</u>
08. Februar 2021 – 10. Mai 2021	<u>Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt - Eignungsprüfung der EU-Rechtsvorschriften</u>
08. Februar 2021 – 03. Mai 2021	<u>Umweltkriminalität – Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt</u>
22. Januar 2021 – 2. April 2021	<u>Politische Werbung – Verbesserung der Transparenz</u>
18. Dezember 2020 – 26. März 2021	<u>Insolvenzrecht – stärkere Konvergenz der nationalen Rechtsvorschriften zur Förderung grenzüberschreitender Investitionen</u>
Lebensmittelsicherheit	
18. Januar 2021 – 12. April 2021	<u>Pestizide – nachhaltige Verwendung (aktualisierte EU-Vorschriften)</u>
Regionalpolitik	
27. Januar 2021 – 21. April 2021	<u>Demografischer Wandel in Europa – Grünbuch zum Thema Altern</u>
Steuern	
08. Februar 2021 – 03. Mai 2021	<u>MwSt-Vorschriften für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen – Überprüfung</u>
29. Januar 2021 – 23. April 2021	<u>Im Ausland gekaufter Alkohol und Tabak – Überarbeitung der Steuervorschriften</u>
18. Januar 2021 – 12. April 2021	<u>Eine faire & wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft – Digitalabgabe</u>

Umwelt	
02. Februar 2021 – 27. April 2021	Gesunde Böden – eine neue Bodenstrategie der EU
25. Januar 2021 – 19. April 2021	Wälder – neue EU-Strategie
11. Januar 2021 – 5. April 2021	Evaluation of the EU Biodiversity Strategy to 2020
11. Januar 2021 – 5. April 2021	Schutz der biologischen Vielfalt: Ziele für die Wiederherstellung der Natur im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie
22. Dezember 2020 – 23. März 2021	Industrieemissionen – Aktualisierung der EU-Vorschriften
22. Dezember 2020 – 23. März 2021	Industrielle Umweltverschmutzung – Europäisches Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister (aktualisierte Vorschriften)
20. November 2020 – 5. März 2021	Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft – Bewertung
Verkehr	
23. Februar 2021 – 18. Mai 2021	Luftverkehr – Computerreservierungssysteme (aktualisierte Vorschriften)
10. Februar 2021 – 05. Mai 2021	Transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-V) – Überarbeitung der Leitlinien
27. Januar 2021 – 21. April 2021	Demografischer Wandel in Europa – Grünbuch zum Thema Altern
Wettbewerb	
18. Dezember 2020 – 26. März 2021	EU-Wettbewerbsvorschriften – Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen
18. Dezember 2020 – 26. März 2021	EU-Wettbewerbsvorschriften – Überarbeitung der Vertikal-Leitlinien
Öffentliches Gesundheitswesen	
27. Januar 2021 – 21. April 2021	Demografischer Wandel in Europa – Grünbuch zum Thema Altern
Öffentliches Gesundheitswesen	
27. Januar 2021 – 21. April 2021	Demografischer Wandel in Europa – Grünbuch zum Thema Altern
21. Januar 2021 – 15. April 2021	Blut, Gewebe und Zellen für medizinische Behandlungen und Therapien – überarbeitete EU-Vorschriften

14. Termine

Europäische Kommission	
01. März – 02. März 2021	15. Europäisches Kernenergieforum Bratislava, Slowakei
04. März 2021	Übersetzungstechnologien - Verstehen, übernehmen, aneignen Vilnius, Litauen
05. März 2021	Die Zukunft der Übersetzung im Lichte der Technologie und der jüngsten Trends Universität Utrecht, Niederlande
09. März 2021	14. Treffen des Netzwerks der Ökonomen der öffentlichen Finanzen in der öffentlichen Verwaltung Online
11. März 2021	Sind wir auf der gleichen Wellenlänge? In den slowakischen Medien verwendete EU-Terminologie und ihr Potenzial, mehr Bürger zu erreichen Bratislava, Slowakei
18. März 2021	Strengthening the EU bank crisis management and deposit insurance framework: for a more resilient and efficient banking Union Online
29. März 2021	5. Brüsseler Konferenz - Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region Online
29. März 2021	European Year of Rail 2021 – Launch event Online

Rat der Europäischen Union	
1. März 2021	EU-Albania Stabilisation and Association Council Presidency event: Informal meeting of Ministers of Tourism Informelle Videokonferenz auf Ministerebene „Gesundheit“
2. März 2021	Informal videoconference of trade ministers
11. März 2021	Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Justiz und Inneres
12. März 2021	Informal video conference of home affairs ministers
15. März 2021	Euro-Gruppe Informal videoconference of foreign affairs and home affairs ministers Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
16. März 2021	EU-Georgia Association Council Informal video conference of health ministers Rat (Wirtschaft und Finanzen)
18. März 2021	Rat (Umwelt)
22. März 2021	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit Rat (Auswärtige Angelegenheiten) Rat (Landwirtschaft und Fischerei)
23. März 2021	Rat (Landwirtschaft und Fischerei) Rat (Allgemeine Angelegenheiten)
24. März 2021	Tripartite Social Summit
25. – 26. März 2021	Europäischer Rat, 25./26. März 2021
30. März 2021	Informelle Tagung der Verkehrsminister

Europäisches Parlament

01. März 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
04. März 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
08. – 11. März 2021	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
15. – 18. März 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
24. – 25. März 2021	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
25. März 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments

Ausschuss der Regionen

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des AdR](#)

16. März 2021	13.00-15.00 Uhr - Konferenz der Präsidenten und Vorsitzenden 15.30-17.30 Uhr - 202. Sitzung des AdR-Präsidiums
17. – 19. März 2021	143. AdR-Plenartagung
22. März 2021	7. Sitzung der Fachkommission NAT
26. März 2021	7. Sitzung der Fachkommission ENVE
30. März 2021	Sitzung der Fachkommission CIVEX

Ostseekooperation

Veranstaltungsübersicht: <https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/>

15. Februar – 31. März 2021	Projektförderung durch den Ostseerat (CBSS)
03. März 2021	Aufaktveranstaltung zu Horizon Europe
10. März 2021	Arbeitsgruppe Maritime Wirtschaft der KPKR Ostsee-Kommission zu den regionalen Perspektiven für einen nachhaltigen Tourismus
11. März 2021	Veranstaltung „ Neue Perspektiven für die territoriale Entwicklung und Innovation in der Ostseeregion “ der KPKR Ostsee
19. März 2021	Arbeitsgruppe Bioökonomie von ScanBalt zu guten Verfahrensweisen und Produktentwicklung aus der Bioökonomie in der Textilindustrie
24. März 2021	Exekutivausschuss der KPKR Ostsee-Kommission zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms 2021 – 2023 und einem Austausch mit MEP Erik Bergkvist
25. März 2021	1. Fraunhofer Verkehr Digital Session » Wasserstoffbasierte Kraftstoffe in der maritimen Industrie «

Ansprechpartner	Themenbereiche
<p>Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu</p>	<p><i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i></p>
<p>Dr. Merten Barnert Stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu</p>	<p><i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i></p>
<p>Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu</p>	<p><i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i></p>
<p>Beatrix Bönisch Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: beatrix.boenisch@mv-office.eu</p>	<p><i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i></p>
<p>Julia Stark Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: julia.stark@mv-office.eu</p>	<p><i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i></p>
<p>Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu</p>	<p><i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i></p>
<p>Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu</p>	<p><i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i></p>
<p>Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu</p>	<p><i>Administration, IT-Technik, Medien, Veranstaltungen</i></p>